

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung
am 12.09.2017**

um 17:30 Uhr bis 19:00 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Großer Sitzungssaal

Anwesend sind:

Vorsitz

Frau Tanja Kreimendahl

Ratsmitglieder

Herr Fritz Beinersdorf
Herr David d' Altilia
Herr Mathias Heidtmann
Herr André Hüsgen
Frau Katharina Elisabeth Keil
Herr Klaus Mandt
Herr Sebastian Thiel
Herr Peter-Edmund Uibel
Herr Stefan Wagner

Vertretung für Herrn Schwandt
Vertretung für Herrn Friese

Vertretung für Frau Dr. Bluth

Sachkundige Bürger/innen

Herr Sven Chudzinski
Frau Susanne Fiedler
Herr Kai Eric Gerber
Herr Wolfgang Klubertz
Herr Hans-Gerd Steinheuser
Herr Stephan Weber
Frau Jutta Wilke

Beigeordnete

Frau Barbara Reul-Nocke

von der Verwaltung

Herr Jürgen Beckmann
Herr Wolfgang Putz
Herr Guido Eul-Jordan
Herr Andreas Knappe

Schriftführerin

Frau Birgit Mendryscha

Tagesordnung

I. Öffentlich

- | | | |
|--------------|---------|--|
| 1 | | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung |
| 2 | | Niederschrift über die Sitzung vom 06.06.2017 |
| 3 | | Sachstand Rettungsdienst- und Brandschutzbedarfsplan
Bericht durch Herrn Eul-Jordan |
| 4 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung |
| 4.1 | 15/3644 | Problemimmobilien |
| 4.1.1 | 15/3811 | Antwort auf die Anfrage der WIR-Gruppe - Schrottimmobili-
en/Problemimmobilien - vom 29.05.2017 |
| 4.2 | 15/3652 | „Klima-Check“ für Verwaltungsvorlagen? |
| 4.2.1 | 15/3692 | Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / die Grünen zum The-
ma "Klima-Check für Verwaltungsvorlagen" vom 30.05.2017 |
| 4.3 | 15/3703 | Angsträume bekämpfen - Sicherheit stärken: Zwischenbilanz des neuen
Sicherheitskonzepts der Stadtverwaltung
Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.07.2017 zur Sitzung des Ausschusses
für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 04.07.2017 |
| 4.4 | 15/3949 | Plan B zur gesetzlich vorgeschriebenen Aus- und Fortbildung der Ret-
tungssanitäter in unserer Stadt
Anfrage der SPD-Fraktion vom 12.09.2017 zur Sitzung des Ausschusses
für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 12.09.2017 |
| 4.5 | | Maßnahmen im Rahmen eines sicheren Schulbeginns |
| 5 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 5.1 | 15/3919 | Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom
06.06.2017 - Kompensation von Flugreisen (Vorlage 15/3543) |
| 6 | | Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung be-
schlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung |
| 7 | | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung |
| 8 | | Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb
der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung |
| 8.1 | 15/3151 | Klarstellung der Befreiung von der Hundesteuer für Therapiehunde
Antrag der SPD-Fraktion vom 17.01.2017 für die Sitzung des Ausschus-
ses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 28.02.2017 |

- 8.2** 15/3550 Sofortmaßnahmen zur Verbesserung von Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit im Bereich der Kölner Straße in Lennep - Antrag der CDU-Fraktion
- 8.3** 15/3897 Seniorenfreundliche Stadtverwaltung: Hausbesuche für Bürger ab 75 Jahren
Antrag der CDU-Fraktion
- 9** 15/3941 Drittes Beteiligungsverfahren zur Erarbeitung des Regionalplanes Düsseldorf (RPD)
hier: Sachstandsinformation und Stellungnahme der Stadt Remscheid
- 10** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- 10.1** Sachstand Waschstraße / Tankstelle Dattner
Anfrage von Herrn Gerber
- 10.2** Bauzaun im Bereich des Brunnens vor dem Allee-Center, Alleestraße
Anfrage von Frau Keil
- 10.3** Verdeckte Reflektoren an Radarwagen
Anfrage von Herrn Uibel
- 10.4** Geschwindigkeitsüberwachung in der Richthofenstraße
Anfrage von Herrn Klubertz
- 11** 15/3731 Antrag zu Ds.-Nr.: 15/3529 "Neufassung der Baumschutzsatzung der Stadt Remscheid"
gemeinsamer Antrag CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und W.i.R. vom 21.06.2017
- 11.1** 15/3529 Neufassung der Baumschutzsatzung der Stadt Remscheid
- 12** 15/3694 Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Remscheid für Übergangsheime und Wohnunterkünfte zur Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen
- 12.1** 15/3794 Ergänzende Erläuterungen zur Beschlussvorlage 15/3694 - Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Remscheid für Übergangsheime und Wohnunterkünfte zur Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen -
- 13** 15/3772 BP 633 – Gebiet: nördlich Heinrich-Hertz-Straße, östlich Knusthöhe
1. Entscheidung über die im Rahmen der Offenlage eingegangenen Stellungnahmen der Bürger (gem. § 3 (2) BauGB)
 2. Entscheidung über die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (gem. § 4 (2) BauGB)
 3. Satzungsbeschluss (gem. § 10 (1) BauGB i.V.m. § 7 Gemeindeordnung NRW)
 4. Berichtigung des Flächennutzungsplanes (§ 13 a (2) Nr. 2 BauGB)
- 14** 15/3806 Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen am Sonntag, den 03.12.2017 im Stadtbezirk Alt-Remscheid

II. Nichtöffentlich

- 1** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung
- 2** Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung
- 3** Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 4** Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 5** Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 6** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

I. Öffentlich

1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Frau Kreimendahl bittet, folgende Tagesordnungspunkte mit zu behandeln:

TOP 4.4 - Ds.-Nr.: 15/3949 - Plan B zur gesetzlich vorgeschriebenen Aus- und Fortbildung der Rettungssanitäter in unserer Stadt

Anfrage der SPD-Fraktion vom 12.09.2017 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 12.09.2017

TOP 5.1 - Ds.-Nr.: 15/3919 - Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 06.06.2017 - Kompensation von Flugreisen (Vorlage 15/3543)

TOP 15 - Umbaumaßnahme Verkehrsknotenpunkt Trecknase.

Die als Tischvorlage eingereichte, umfangreiche Ds.-Nr.: 15/3941 - Drittes Beteiligungsverfahren zur Erarbeitung des Regionalplanes Düsseldorf (RPD)

hier: Sachstandsinformation und Stellungnahme der Stadt Remscheid - konnte in den Fraktionen nicht mehr behandelt werden. Frau Kreimendahl bittet daher, die Vorlage nicht auf die Tagesordnung zu setzen. Da der Haupt-, Beteiligungs- und Finanzausschuss am 05.10.2017 zwingend erreicht werden muss, wird ggf. eine Sondersitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung anberaunt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um folgende Tagesordnungspunkte ergänzt:

TOP 4.4 - Ds.-Nr.: 15/3949 - Plan B zur gesetzlich vorgeschriebenen Aus- und Fortbildung der Rettungssanitäter in unserer Stadt

Anfrage der SPD-Fraktion vom 12.09.2017 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 12.09.2017

TOP 5.1 - Ds.-Nr.: 15/3919 - Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 06.06.2017 - Kompensation von Flugreisen (Vorlage 15/3543)

TOP 15 - Umbaumaßnahme Verkehrsknotenpunkt Trecknase.

Die als Tischvorlage eingereichte Ds.-Nr.: 15/3941 – Drittes Beteiligungsverfahren zur Erarbeitung des Regionalplanes Düsseldorf (RPD)

hier: Sachstandsinformation und Stellungnahme der Stadt Remscheid - wird abgesetzt.

Die Tagesordnung wird im Übrigen in der vorgelegten Form einstimmig beschlossen.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 06.06.2017

Die Niederschrift wird in der vorgelegten Form einstimmig bestätigt.

3. Sachstand Rettungsdienst- und Brandschutzbedarfsplan Bericht durch Herrn Eul-Jordan

Herr Eul-Jordan berichtet, dass Rettungsdienst- und Brandschutzbedarfsplan in 2017 nicht abschließend fertiggestellt werden können, da 3 Mitarbeiter der Führungsebene längerfristig nicht im Dienst waren. Dieser Missstand wird zum Herbst 2017 behoben sein, so dass mit einer Fertigstellung der Pläne im 1. Quartal 2018 gerechnet werden kann. Die Bedarfspläne bilden Qualität und Quantität einer Feuerwehr ab, sie stellen die Notwendigkeiten für eine funktionsfähige Feuerwehr dar. Beide Pläne werden gleichzeitig ins parlamentarische Verfahren eingebracht, da sie eng miteinander verzahnt sind und eine gemeinsame Beratung und abschließende Beschlussfassung im Rat der Stadt erfordern.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis.

4. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

4.1. Problemimmobilien Vorlage: 15/3644

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Anfrage der W.i.R. zur Kenntnis.

4.1.1. Antwort auf die Anfrage der WIR-Gruppe - Schrottimmobili- en/Problemimmobilien - vom 29.05.2017 Vorlage: 15/3811

Herr Gerber fragt an, ob die gelisteten Immobilien kontinuierlich aktualisiert werden und bittet um entsprechende Unterrichtung im Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung.

Herr Knappe führt aus, dass es kein konkretes Kataster über die Remscheider Problemimmobilien gibt. Die aktuelle Auflistung wurde zur Beantwortung der Anfrage erstellt. Er sagt zu, dass künftig die neu zu erfassenden Objekte jeweils mündlich im Ausschuss bekannt geben werden.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

4.2. „Klima-Check“ für Verwaltungsvorlagen? Vorlage: 15/3652

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Anfrage von Bündnis 90 / Die Grünen zur Kenntnis.

**4.2.1. Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / die Grünen zum Thema "Klima-Check für Verwaltungsvorlagen" vom 30.05.2017
Vorlage: 15/3692**

Frau Fiedler bedankt sich für die positiven Aussagen der Verwaltung und hofft, dass auf dieser Grundlage verwaltungsintern eine weitergehende Sensibilisierung hinsichtlich klimarelevanter Aspekte erfolgen wird.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis.

**4.3. Angsträume bekämpfen - Sicherheit stärken: Zwischenbilanz des neuen Sicherheitskonzepts der Stadtverwaltung
Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.07.2017 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 04.07.2017
Vorlage: 15/3703**

Frau Reul-Nocke führt auf Anfrage von Herrn Heidtmann aus, dass ein erstes Treffen der Sicherheitspartnerschaft "Rosi" zwischen Polizei und Stadtverwaltung am 08.09.2017 stattgefunden hat. Trotz Fehlen der Polizeipräsidentin war das Treffen konstruktiv, da neben der allgemeinen Sicherheitsfrage auch eine Optimierung der Zusammenarbeit zwischen KOD und Polizei thematisiert werden konnte. So wird es die seit März eingeführten gemeinsamen Streifen weiterhin geben. Außerdem liegt ein erster Entwurf für eine Vereinbarung bezogen auf die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung vor; u. a. ist angedacht, dass im Rahmen der Fortbildung Mitarbeiter des KOD Ausbildungsabschnitte bei der Polizei absolvieren, um das gegenseitige Verständnis zu verbessern.

Ein Lichtkonzept zur Bekämpfung von Angsträumen besteht nicht, TBR und EWR sind aber sensibilisiert und treffen im Einzelfall die notwendigen Vorkehrungen, um Angsträume zu beseitigen.

Zeitnah wird das nächste Treffen der Partnerschaft "Rosi" terminiert; Ziel ist es, jedes Treffen thematisch mit einem zentralen Hauptthema zu besetzen, um die Vorbereitungen und die Auswahl des Teilnehmerkreises zu vereinfachen.

Herr Beckmann ergänzt, dass von den 34 geplanten Streifen 20 stattgefunden haben, wobei 6 von 3.32 aufgrund personeller Notstände und weitere von der Polizei aufgrund akuter Einsatzlagen abgesagt werden mussten.

Darüber hinaus haben weitere gemeinsame Aktionen stattgefunden wie z. B. 2 Razzien in einem Gastronomie-Betrieb, Maßnahmen im Bereich von Prostitution und Belästigungen in Lennep sowie Einsätze bei Remscheid Live und auf dem Weihnachtsmarkt.

Geplant - aber noch nicht endgültig vereinbart - ist eine gemeinsame wöchentliche Bürgersprechstunde im Ämterhaus (Briefwahllokal). Eine entsprechende Regelung wird in die schriftliche Vereinbarung einfließen. Herr Beckmann wird erneut berichten.

Auf Anfrage von Frau Fiedler erklärt Herr Beckmann, dass Remscheid zu den sichersten Städten in NRW gehört.

Frau Kreimendahl erkundigt sich nach dem Sinn und Zweck einer gemeinsamen Bürgersprechstunde. Herr Beckmann führt aus, dass das Ämterhaus den meisten Bürgern als Anlaufstelle bekannt ist und hier ein Kontakt problemlos hergestellt werden kann, um Alltags-sorgen vorzutragen und Missstände aufzuzeigen.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

4.4. Plan B zur gesetzlich vorgeschriebenen Aus- und Fortbildung der Rettungssanitäter in unserer Stadt
Anfrage der SPD-Fraktion vom 12.09.2017 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 12.09.2017
Vorlage: 15/3949

Herr Eul-Jordan nimmt wie folgt Stellung zur Anfrage der SPD:

- Es gibt einen Plan B; im nächsten Jahr wird die Stadt Remscheid 6 Plätze extern einkaufen.
- Es liegen externe Fortbildungsangebote vor; diese werden von der Stadt Remscheid unter Beteiligung des RPA kritisch geprüft und fließen in eine Entscheidungsmatrix mit ein.
- Bei der Stadt Remscheid wurden bisher alle Mitarbeiter zu Notfallsanitätern ausgebildet d.h. es wurden 40 Rettungsassistenten durch Ergänzungsprüfungen zu Notfallsanitätern ausgebildet, weitere 40 werden in der nächsten Zeit folgen. Im nächsten Jahr werden 6 Brandmeister ihre 2 1/2 jährige Ausbildung antreten. Ein Feuerwehrmann benötigt lediglich eine 2 1/2jährige Ausbildung, da er bereits Rettungssanitäter ist, generell ist die Ausbildung 3-jährig. Ziel ist es, 90 Notfallsanitäter letztendlich zur Verfügung zu haben.

Auf Anfrage von Frau Fiedler erklärt Frau Reul-Nocke, dass das gemeinsame Projekt ursprünglich vorsah, die Ausbildung der Notfallsanitäter in eigener Regie vorzunehmen, dies beinhaltete auch den Neubau bzw. den Umbau eines bestehenden Gebäudes zu Schulungszwecken. Da die Krankenkassen jedoch der Auffassung sind, das Notfallsanitäter-Gesetz sei verfassungswidrig und gegen etwaige Gebührenberechnungen, die die Ausbildungskosten zum Notfallsanitäter enthalten, rechtlich vorgehen wollen, wurde seitens der Kommunen das Gesamtprojekt zunächst zurückgestellt.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

4.5. Maßnahmen im Rahmen eines sicheren Schulbeginns

Herr Beckmann führt aus, dass in Fortführung des 2016 begonnen Projektes für einen sicheren Schulbeginn in der Zeit vom 30.08. - 11.09.2017 bereits 40 Einsätze der mobilen Geschwindigkeitsmessung stattgefunden haben; 18.655 Fahrzeuge wurden kontrolliert, 809 Überschreitungen wurden gemessen, lediglich 1 PKW war erheblich zu schnell, hier werden weitere Sanktionen folgen.

Des Weiteren wurden 26 Einsätze im Bereich des ruhenden Verkehrs vor Grundschulen durchgeführt, Belehrungen haben im Einzelfall stattgefunden.

Auf Anfrage von Frau Fiedler hinsichtlich einer kontinuierlichen Fortführung der Kontrollen erklärt Herr Beckmann, dass dies zwar wünschenswert ist, jedoch aus personellen Gründen nicht geleistet werden kann.

Frau Kreimendahl regt an, in 2 - 3 Wochen nochmals punktuelle Kontrollen durchzuführen. Frau Wilke ergänzt, dass Kontrollen auch zum Schulschluss zwingend notwendig sind. Herr Beckmann wird die Anregungen aufnehmen.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis.

5. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

**5.1. Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom
06.06.2017 - Kompensation von Flugreisen (Vorlage 15/3543)
Vorlage: 15/3919**

Frau Fiedler bedankt sich für die Stellungnahme; sie stellt fest, dass Aussagen zu Kompensationszahlungen leider nicht gemacht wurden.

Frau Reul-Nocke führt beispielhaft aus, dass bei einem Flug von Düsseldorf nach Palma unter Berücksichtigung des Flugzeugtyps und der CO₂-Werte eine Kompensationsleistung von 8,74 Euro/Flug veranschlagt werden müsste.

Frau Fiedler regt an, hierfür einen entsprechenden Sonderposten im Haushalt zu bilden.

Herr Beinersdorf kritisiert, dass nur die von der Verwaltung durchgeführten Flüge aufgeführt sind, nicht aber z. B. die von Delegationen und für alle Flüge keine Begründungen aufgeführt wurden. Er bittet um Ergänzung.

Frau Kreimendahl stellt fest, dass weiterführende Fragestellungen durch entsprechende Anträge eingebracht werden müssen. Diese werden nicht gestellt.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis.

6. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

7. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung werden nicht gemacht.

8. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

**8.1. Klarstellung der Befreiung von der Hundesteuer für Therapiehunde
Antrag der SPD-Fraktion vom 17.01.2017 für die Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 28.02.2017
Vorlage: 15/3151**

Herr Thiel führt aus, dass er zwz. von der Verwaltung erfahren hat, dass eine Besteuerung von Hunden, die ausschließlich zu Therapiezwecken eingesetzt werden, bereits heute nicht erfolgt. Sobald jedoch auch eine private Nutzung vorliegt, wird die Beurteilung der Steuerbefreiung schwierig. Eine gesetzliche Definition für den Therapiehund ist nicht vorhanden. Herr Thiel zieht den Antrag daher zunächst zurück.

Er wird das Thema beim nächsten Bundesparteitag der SPD mit dem Ziel, sich für eine klare Definition des Therapiehundes einzusetzen, zur Sprache bringen und bittet alle anderen Ausschussmitglieder innerhalb ihrer Parteien ähnlich zu verfahren.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt das Statement zur Kenntnis.

**8.2. Sofortmaßnahmen zur Verbesserung von Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit im Bereich der Kölner Straße in Lennep - Antrag der CDU-Fraktion
Vorlage: 15/3550**

Frau Reul-Nocke verweist zum einen erneut auf die unter TOP 4.3 gemachten Ausführungen und berichtet darüber hinaus, dass die Polizei hinsichtlich der Raser-Szene in Lennep zwz. aktiv geworden ist. 83 Kontrollberichte wurden verfasst. Der Einsatz hat nachhaltigen Eindruck auf die Szene gemacht. Herr Beckmann ergänzt, dass 23 KFZ aufgrund festgestellter Mängel stillgelegt wurden, 4 wurden vor Ort sichergestellt. OWiG-Verfahren wegen technischer Mängel wurden darüber hinaus eingeleitet.

Ein Einsatz wurde aufgrund einer angezeigten Ruhestörung durchgeführt, 4 Strafanzeigen wurden aufgenommen.

Die durchgeführten Seitenradarmessungen in der Kölner Straße haben die befürchteten erheblichen Geschwindigkeitsüberschreitungen allerdings nicht bestätigt. Der KOD wird die Szene weiterhin überwachen. Der in der 37. KW durchgeführte Ortstermin hat bestätigt, dass sich die Lage vor Ort derzeit beruhigt hat.

Nachrichtlich ergänzt Herr Beckmann, dass sowohl die im Bereich der Bahnhofstraße als auch am Kreishaus durchgeführten Kontrollen ergeben haben, dass die festgestellten Geschwindigkeitsüberschreitungen im normalen Rahmen liegen und extreme Rasereien hier nicht bestätigt werden können.

Auf Anfrage von Herrn Chudzinski erklärt Herr Beckmann, dass die Kontrollen anlassbezogen nur in Lennep und nicht auch in der Neuenkamper Straße erfolgt sind.

Eine Realisierung "grüner Inseln" kann laut Frau Reul-Nocke nur dann umgesetzt werden, wenn eine komplett neue Straßenplanung für die Kölner Straße angedacht wird.

Auf Anfrage von Herrn Weber bestätigt Herr Beckmann, dass die durchgeführten Maßnahmen sich auf die Raser- und Tuner-Szene beschränkt und Motorrad-Kontrollen nicht stattgefunden haben.

Hinsichtlich des von Herrn Uibel nachgefragten Reinigungskonzeptes erklärt Frau Reul-Nocke, dass hier die Zuständigkeit der TBR gegeben ist; der avisierte Termin hat bisher nicht stattgefunden, wird aber in Kürze nachgeholt.

Beratungsergebnis:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung schließt sich der Bitte von Herrn Thiel an und stellt seine Entscheidung über den Antrag bis zum Vorliegen der Ergebnisse des avisierten Termins zurück.

8.3. Seniorenfreundliche Stadtverwaltung: Hausbesuche für Bürger ab 75 Jahren Antrag der CDU-Fraktion Vorlage: 15/3897

Herr Heidtmann regt an, seitens des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung Stellung zu beziehen und die Prämissen für eine seniorenfreundliche Stadtverwaltung festzulegen.

Herr Beinersdorf schließt sich unter Hinweis auf den seinerzeit durch die Linke gestellten Antrag dem Anliegen an und stellt fest, dass die Politik verpflichtet ist, sich des Themas anzunehmen und Lösungsansätze zu erarbeiten.

Herr Thiel verweist darauf, bedarfsorientiert zu planen und die finanziellen Voraussetzungen nicht außer Acht zu lassen.

Herr Heidtmann bittet zu erwägen, einen Arbeitskreis ins Leben zu rufen, um die aus Sicht des Ausschusses notwendigen Ziele zu formulieren.

Frau Kreimendahl schlägt vor, den Antrag als Diskussionsgrundlage auch in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen, den Seniorenbeirat und den Beirat für die Gleichstellung der Menschen mit Behinderungen zu verweisen.

Außerdem sollte ein Arbeitskreis gebildet werden, der die Prämissen und Ziele für eine seniorenfreundliche Stadtverwaltung festlegt. Sie wird sich diesbezüglich mit den Vorsitzenden der o. g. Gremien ins Benehmen setzen, um zu eruieren, ob ein gemeinsamer Arbeitskreis sinnvoll ist oder sich jedes Gremium des Themas eigenverantwortlich annimmt. Sie bittet, den Antrag daher zunächst zu vertagen.

Beratungsergebnis:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung schließt sich dem Vorschlag von Frau Kreimendahl an und vertagt die Beratung und Beschlussfassung zunächst bis auf weiteres.

**9. Drittes Beteiligungsverfahren zur Erarbeitung des Regionalplanes Düsseldorf (RPD)
hier: Sachstandsinformation und Stellungnahme der Stadt Remscheid
Vorlage: 15/3941**

vertagt – siehe hierzu TOP 1

10. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

**10.1. Sachstand Waschstraße / Tankstelle Dattner
Anfrage von Herrn Gerber**

Herr Gerber nimmt Bezug auf seine Anfrage in der Sitzung am 06.06..2017 und erkundigt sich nach dem Sachstand.

Herr Beckmann erklärt, dass er derzeit keine weiteren Aussagen zum aktuellen Sachstand machen kann.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis.

**10.2. Bauzaun im Bereich des Brunnens vor dem Allee-Center, Alleestraße
Anfrage von Frau Keil**

Frau Keil erkundigt sich nach der Notwendigkeit des im Bereich des Brunnens vor dem Allee-Center in der Alleestraße aufgestellten Bauzauns.

Herr Beckmann erklärt, dass ein solcher Zaun grundsätzlich nur aufgestellt wird, wenn hierfür eine Notwendigkeit besteht. Er bittet Frau Keil, sich unmittelbar mit seinem FD 3.32 ins Benehmen zu setzen. Die Antwort wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt zustimmend Kenntnis.

Anmerkung:

Herr Beckmann teilte Frau Keil am 18.09.2017 per Email folgendes mit:

Der Bauzaun ist vom Fachdienst 1.28 zur Sicherung der Baumaßnahme am Brunnen aufgestellt worden und nach Rücksprache mit dem Leiter des Fachdienstes, Herrn Judt, auch erforderlich. Zu den Details der Baumaßnahme und der Notwendigkeit der Absicherung kann Herr Judt auf Wunsch nähere Auskunft erteilen. Ich sende diese Antwort Cc. auch an Herrn Judt.

**10.3. Verdeckte Reflektoren an Radarwagen
Anfrage von Herrn Uibel**

Herr Uibel fragt an, ob ein Verdecken der Reflektoren an städtischen Radarwagen - beobachtet auf der Erbschlöer Straße - rechtmäßig ist.

Herr Beckmann wird die Angelegenheit klären und erneut berichten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

10.4. Geschwindigkeitsüberwachung in der Richthofenstraße Anfrage von Herrn Klubertz

Herr Klubertz fragt an, ob den angezeigten Geschwindigkeitsüberschreitungen in der Richthofenstraße verwaltungsseitig nachgegangen wurde.

Herr Beckmann führt hierzu aus, dass Radarkontrollen mit mobilen Messfahrzeugen an folgenden Tagen stattgefunden haben:

- 27.03.2017
- 25.04.2017
- 28.04.2017
- 13.06.2017
- 07.07.2017
- 14.08.2017
- 17.08.2017.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis.

11. Antrag zu Ds.-Nr.: 15/3529 "Neufassung der Baumschutzsatzung der Stadt Remscheid" gemeinsamer Antrag CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und W.i.R. vom 21.06.2017 Vorlage: 15/3731

Herr Beinersdorf kritisiert die durch den gemeinsamen Antrag vorgeschlagenen Änderungen der Baumschutzsatzung.

Frau Fiedler berichtet, dass der Antrag das Ergebnis des in dieser Angelegenheit einberufenen interfraktionellen Arbeitskreises ist, dem Die Linke allerdings fern geblieben ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 1 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Neufassung der Baumschutzsatzung (Drs. 15/3529) wird wie folgt geändert:

NEU §3 (2) b) nicht unter Buchstabe a) fallende Nadelbäume mit einem Stammumfang von mindestens 270 cm, gemessen in einer Höhe von 100 cm über dem Erdboden.

NEU §3 (4) Nicht unter diese Satzung fallen [...], Fichten und Weiden mit Ausnahme von [...].

2. Die Verwaltung berichtet jährlich über die Anzahl der auf der Grundlage der Baumschutzsatzung eingegangenen Anträge differenziert nach den erteilten und versagten Genehmigungen. Dieser Bericht ist gegliedert nach den Stadtbezirken zu erstellen.

Darüber hinaus ist zu den vorgenommenen Ersatzpflanzungen einschließlich der hierfür aufgewandten Mittel sowie zu dem im Berichtsjahr vereinnahmten Ausgleichszahlungen und dem Stand der insgesamt hierfür verfügbaren Mittel jeweils zum 31.12. des Vorjahres zu berichten.

**11.1. Neufassung der Baumschutzsatzung der Stadt Remscheid
Vorlage: 15/3529**

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 1 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt beschließt die als Anlage 1 beigefügte Neufassung der Baumschutzsatzung mit folgenden Änderungen gemäß Beschluss zum Antrag der Fraktionen / Gruppen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und W.i.R. vom 21.06.2017 zur Drucksache 15/3529:

§3 (2) b) nicht unter Buchstabe a) fallende Nadelbäume mit einem Stammumfang von mindestens 270 cm, gemessen in einer Höhe von 100 cm über dem Erdboden.

§ 3 (4) Nicht unter diese Satzung fallen [...], Fichten und Weiden mit Ausnahme von [...].

**12. Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Remscheid für Übergangsheime und Wohnunterkünfte zur Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen
Vorlage: 15/3694**

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Benutzungs- und Gebührensatzung für Übergangwohnheime und Wohnunterkünfte der Stadt Remscheid wird gemäß Anlage 1 neu gefasst.

12.1. Ergänzende Erläuterungen zur Beschlussvorlage 15/3694 - Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Remscheid für Übergangsheime und Wohnunterkünfte zur Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen - Vorlage: 15/3794

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die ergänzenden Erläuterungen zur Beschlussvorlage 15/3694 zur Kenntnis.

13. BP 633 – Gebiet: nördlich Heinrich-Hertz-Straße, östlich Knuthöhe

1. Entscheidung über die im Rahmen der Offenlage eingegangenen Stellungnahmen der Bürger (gem. § 3 (2) BauGB)

2. Entscheidung über die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (gem. § 4 (2) BauGB)

3. Satzungsbeschluss (gem. § 10 (1) BauGB i.V.m. § 7 Gemeindeordnung NRW)

4. Berichtigung des Flächennutzungsplanes (§ 13 a (2) Nr. 2 BauGB)

Vorlage: 15/3772

Frau Fiedler nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Auf Anfrage von Frau Kreimendahl erklärt Herr Putz, dass neue Erkenntnisse bezogen auf die wegen der widerrechtlichen Baumfällungen laufenden Ordnungswidrigkeiten-Verfahren bisher nicht vorliegen. Er wird über den Fortgang der Angelegenheit unaufgefordert im Ausschuss berichten.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt folgende Beschlussfassung:

1. Entscheidung über die im Rahmen der Offenlage eingegangenen Stellungnahmen (gem. § 3 (2) BauGB)

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 633 – Gebiet: nördlich Heinrich-Hertz-Straße, östlich Knuthöhe - hat einschließlich Begründung in der Zeit vom 24.04.2017 bis einschließlich 29.05.2017 gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Die Bürger hatten in dieser Zeit die Gelegenheit sich über die Ziele der Planung zu informieren und dazu Stellung zu nehmen. Dem entsprechenden Ergebnisbericht (Anlage) wird zugestimmt.

2. Entscheidung über die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (gem. § 4 (2) BauGB)

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erfolgte mit Schreiben vom 24.04.2017. Dem entsprechenden Ergebnisbericht (Anlage) wird zugestimmt.

3. Satzungsbeschluss (gem. § 10 (1) BauGB i.V.m.§ 7 Gemeindeordnung NRW)

Der Bebauungsplan Nr. 633 – Gebiet: nördlich Heinrich-Hertz-Straße, östlich Knusthöhe - wird gem. § 10 (1) BauGB i.V.m. § 7 GO NRW als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gem. § 9 (8) BauGB eine Begründung beigelegt. Von der zusammenfassenden Erklärung wird gem. § 13 (3) Satz 1 BauGB abgesehen. Der Beschluss des Bebauungsplanes ist gem. § 10 (3) BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Mit Eintritt der Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplans Nr. 633 werden die im Bebauungsplan Nr. 378 A getroffenen planungsrechtlichen Festsetzungen für die durch den Bebauungsplan 633 überdeckenden Bereiche, verdrängt.

4. Berichtigung des Flächennutzungsplanes (gem.§ 13a (2) Nr. 2 BauGB)

Der Bebauungsplan Nr. 633 – Gebiet: nördlich Heinrich-Hertz-Straße, östlich Knusthöhe - weicht in den Festsetzungen die er trifft von den Darstellungen des wirksamen Flächennutzungsplanes ab. Der Flächennutzungsplan wird im Wege der Berichtigung angepasst.

14. Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen am Sonntag, den 03.12.2017 im Stadtbezirk Alt-Remscheid Vorlage: 15/3806

Frau Reul-Nocke erläutert die Vorlage und hält abschließend fest, dass Verdi die Einreichung einer Klage angekündigt hat. Da die Verordnung zur Durchführung eines verkaufsoffenen Sonntag am 03.12.2017 im Hinblick auf Begründung und Plausibilität nach ihrer Einschätzung vor Gericht keinen Bestand haben wird, rät Frau Reul- Nocke dem Ausschuss, einen ablehnenden Beschluss zu fassen.

Herr Uibel bittet um Terminierung einer Sondersitzung, da die zwingend notwendige Vorbereitung der Vorlage nicht möglich war.

Frau Kreimendahl unterbricht um 18.35 Uhr die Sitzung zur fraktionsinternen Beratung. Die Sitzung wird um 18.45 Uhr fortgeführt.

Herr Thiel beantragt, die Vorlage zur Beratung und Beschlussfassung unmittelbar in den Rat der Stadt zu verweisen, da sie als Tischvorlage eingereicht wurde und somit keine Gelegenheit bestand, sie inhaltlich fraktionsintern vor zu beraten.

Herr Heidtmann und Herr Beinersdorf plädieren für die Beratung und Beschlussfassung.

Frau Fiedler bittet, den Antrag von Herrn Thiel zur Abstimmung zu stellen.

Frau Kreimendahl stellt den Antrag auf Vertagung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 7 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung verweist die Vorlage zur Beratung und Beschlussfassung unmittelbar in den Rat der Stadt.

15. Umbaumaßnahme Verkehrsknotenpunkt Trecknase

Herr Chudzinski fragt an, ob weitere Messungen stattgefunden haben.

Herr Beckmann führt aus, dass keine neuen Messungen durchgeführt worden sind. Nach Aussagen der TBR findet der Verkehrsfluss zwz. disziplinierter statt, so dass weitere Maßnahmen nicht erforderlich sind.

Auf Anfrage von Herrn Klubertz ergänzt Herr Beckmann, dass die geforderten weißen Fahrbahnmarkierungen nicht realisiert werden, da sie zum einen Mehrkosten in Höhe von 13.000,- Euro verursachen würden und eine Realisierung bei laufendem Verkehr kaum durchführbar ist.

gez.

Tanja Kreimendahl
Vorsitzender

gez.

Birgit Mendryscha
Schriftführerin